

**Niederschrift der 44. Sitzung der Gemeindevertretung Am Mellensee (Fortsetzung)
am Dienstag, den 27.06.2023 im Sitzungssaal der Gemeindeverwaltung,
Zossener Straße 21c, 15838 Am Mellensee**

öffentlicher Teil

Beginn: 19:00 Uhr bis 19:56 Uhr

Teilnehmer: **Bürgermeister**

-

Fraktion DIE LINKE

Janke, Tobias
Kruppa, Judith
Schulze, Doreen

Fraktion CDU

Porath, Dargo
Rarrasch, Torsten
Thiele, Andreas

Fraktion SPD

-

Fraktion UWG

Borkowski, Wilfried
Glienicke, Christian
Keiler, Udo
Tscherwinka, Maik

Freie Wähler

Hänsel, Milan

AfD

Elsner, Dieter

3Punkt0 - gemeinsam für Am Mellensee

Pehnert, Dirk
Schuster, Antje

Entschuldigt: Broshog, Frank
Koch, Ingo

Bürgermeister
SPD

Unentschuldigt:

Verwaltung: Gast, Ulrike (Stellv. Bürgermeisterin, TL Kämmerei)
Berkholz, Patrizia (Teamleiterin Haupt- und Schulamt)
Gonschorek, Carolin (Teamleiterin Ordnungsamt)
Kosicki, Thomas (Mitarbeiter Bauverwaltung)
Zehler, Sven (Schriftführer)

Anw. geladene Gäste:

Tagesordnung

öffentlicher Teil

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Änderungsanträge zur Tagesordnung - öffentlicher Teil -
4. Einwendungen zu Niederschriften der vergangenen Sitzungen - öffentlicher Teil -
5. Bericht des Bürgermeisters
6. Bericht aus der Sitzung der Verbandsversammlung des Zweckverbandes KMS Zossen
7. Einwohnerfragestunde
8. BSV 196/43/2023 - Einstellung Beschäftigter der Verwaltung, Besetzung Stelle Teamleiter Bauverwaltung
9. BSV 197/44/2023 - Einstellung Beschäftigter der Verwaltung, Besetzung Stelle Teamleiter Haupt- und Schulamt (Heilung)
10. BSV 198/44/2023 - Bestellung der Schriftführer und deren Stellvertreter
11. BSV 199/44/2023 - Neubesetzung der Mitglieder u. Stellvertreter im Hauptausschuss
12. BSV 200/44/2023 - Neubesetzung der Mitglieder u. Stellvertreter im Bauausschuss
13. BSV 201/44/2023 - Neubesetzung der Mitglieder u. Stellvertreter im FW-Ausschuss
14. BSV 202/44/2023 - Neubesetzung der Mitglieder u. Stellvertreter im BSK-Ausschuss
15. BSV 203/44/2023 - Neubesetzung der Mitglieder u. Stellvertreter im RP-Ausschuss
16. BSV 204/44/2023 - Überplanmäßige Ausgabe Rechtsangelegenheiten
17. BSV 205/44/2023 - Vergabe von Verpflegungsleistungen für Schulen und Kita-Einrichtungen in der Gemeinde Am Mellensee
18. BSV 206/44/2023 - Errichtung einer Tempo 30 Zone in der Gemeinde Am Mellensee OT Sperenberg
19. BSV 207/44/2023 - Bebauungsplan Nr. 21-03 „Mellenseestraße“ im OT Saalow, Billigungsbeschluss des Entwurfes und Bestimmung zur Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß §§ 3 und 4 Abs. 2 BauGB
20. BSV 208/44/2023 - Aufstellung eines Radverkehrskonzeptes für die Gemeinde Am Mellensee

(Fortsetzung der Sitzung am 27.06.2023)

21. Antrag auf BSV - Konzept zur Warnung der Bevölkerung, Brandschutzerziehung Kita Klausdorf, Kopfhörer zum Schutz vor Sirenenlärm (CDU) - **TOP wird entfernt**
22. Antrag auf BSV - Schaffung von verkehrsberuhigten Bereichen (CDU)
23. Antrag auf BSV - Evaluierung der Kita- und Schülerzahlen für die kommenden 5+5 Jahre
24. Antrag auf BSV - Anpassung des Steuerhebesatzes (SPD)
25. Antrag auf BSV - Vorstellung der Gefahren- und Risikoanalyse in der GV
26. Aktueller Sachstand zum Kita-Neubau in der Gemeinde Am Mellensee gemäß Beschluss 415/39/2023 vom 17. 01.2023
27. Aktueller Sachstand zur Versetzung der Sirenenanlage in Klausdorf
28. Diskussion einer möglichen zukünftigen Besetzung der Trägervereine in den Kita-Ausschüssen durch die Gemeindevertretung und Aufhebung des Beschlusses der Übergabe dieser Funktion an die Verwaltung
29. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung
30. Sonstiges

Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Tscherwinka, begrüßt die Anwesenden zur Fortsetzung der 44. Sitzung der Gemeindevertretung. Er stellt erneut die Beschlussfähigkeit fest. Es sind insgesamt 14 Gemeindevertreter anwesend. Der Gemeindevertreter Herr Torsten Rarrasch befindet sich noch außerhalb des Sitzungssaales.

Zu 21. Antrag auf BSV - Konzept zur Warnung der Bevölkerung, Brandschutzerziehung Kita Klausdorf, Kopfhörer zum Schutz vor Sirenenlärm (CDU) – TOP wird entfernt

Dieser Tagesordnungspunkt wird entfernt.

22. Antrag auf BSV - Schaffung von verkehrsberuhigten Bereichen (CDU)

Ein Mitglied der Fraktion CDU erklärt, dass mit diesem Antrag die Verwaltung aufgefordert werden solle, über den Landkreis einen verkehrsberuhigten Bereich im Ortsteil Rehagen herzustellen.

Der Ortsvorsteher von Rehagen erklärt, dass sich viele Betroffene aus diesem Wohngebiet an der Ortsbeiratssitzung beteiligt haben, in der dieser Sachverhalt thematisiert wurde. Die Anwohner hatten sich ursprünglich Bodenschweller gewünscht. Dies erzeuge jedoch zusätzlichen Lärm. Deshalb habe man sich in der Diskussion auf einen verkehrsberuhigten Bereich geeinigt. Da dort keine Bürgersteige vorhanden sind, auf denen die Kinder ggf. ausweichen können, seien die Eltern sehr besorgt, da die Kraftfahrer oftmals zu schnell unterwegs sind. Man hoffe nun auf die Zustimmung der Gemeindevertretung.

Der Gemeindevertreter Herr Torsten Rarrasch betritt den Sitzungssaal um 19:02 Uhr. Es sind nun 14 Gemeindevertreter anwesend.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE möchte wissen, wie sich die Einwohner zu der 30er-Zone im gesamten Wohngebiet positionieren. Das gesamte Wohngebiet würde dann zu einem verkehrsberuhigten Bereich zusammengeschlossen werden. Fraglich sei nur, ob in dem Beschlussvorschlag alle fehlenden Straßen aufgeführt sind.

Der Ortsvorsteher Rehagen bestätigt, dass es sich dabei um die noch fehlenden Straßen des gesamten Wohngebietes in der bestehenden 30er-Zone handle.

Der Vorsitzende der GV erklärt, dass dies durch den Landkreis im Nachgang geprüft werde.

Beschluss-Nr.: 489/44/2023

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Die Verwaltung wird aufgefordert, beim Landkreis einen Antrag auf die Schaffung eines verkehrsberuhigten Bereiches zu stellen.

Dies betrifft die Straßen:

- An der Reheide
- Am Echtenring
- Blumenweg
- Pfauenweg
- Eichenweg
- Verbindungsstraße vom Echtenring zum Wohngebiet II / Bahnhofstraße

Abstimmungsverhältnis:

14 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

angenommen

Zu 23. Antrag auf BSV - Evaluierung der Kita- und Schülerzahlen für die kommenden 5+5 Jahre

Ein Mitglied der Fraktion 3Punkt0 - gemeinsam für Am Mellensee erklärt, dass die Zahlen im Schulentwicklungs- sowie im Kitabedarfsplan komplett aus dem Ruder laufen, da die Zahlen schon jetzt nicht mehr stimmen, da mit falschen Eingangszahlen kalkuliert wurde. Die aktuelle Situation erfordert den Bau einer Schule mit vier Klassenräumen für ca. 1 Mio. Euro ohne eine konkrete Planung. Deshalb möchte man den Weg als Gemeinde nun selber gehen, wie es auch die Stadt Ludwigsfelde schon gemacht habe. Zusätzlich stelle sich die Frage, wo der Landkreis die geplante weiterführende Schule errichten möchte. Die Städte Zossen mit dem Ortsteil Wünsdorf sowie Rangsdorf seien aktuell im Gespräch. Je besser unsere Kita- und Schülerzahlen vorbereitet sind, desto besser könnte man in den Stellungnahmen beim Landkreis bzgl. des Schulstandortes argumentieren und diese als Verhandlungsbasis nutzen. Der Kämmerer des Landkreises hält sich diesbezüglich sehr bedeckt. Wichtig sei eine ordentliche Anbindung bzw. Erreichbarkeit der weiterführenden Schule für die Gemeinde. Sofern die Verwaltung dies nicht selbst bewerkstelligen könne, sollte die Erarbeitung dieser Pläne extern vergeben werden. Eventuell können die Pläne in Form einer Excel-Tabelle in den Folgejahren durch die Verwaltung fortgeführt werden.

Der Vorsitzende der GV hinterfragt die in dem Beschlussvorschlag festgelegten Umsetzungs- termine, da man sich ja bereits im Monat Juni befindet. Er weist darauf hin, dass aufgrund der Sommerpause nur die Sitzung im Juli bzw. dann erst wieder im September in Frage kommen.

Der Einreicher der Beschlussvorlage erklärt, dass dies schnellstmöglich geschehen sollte, da die Entscheidung für den neuen Schulstandort in naher Zukunft durch den Landkreis getroffen werde. Bis dahin sollte die Gemeinde eine Stellungnahme mit aktuell belegbaren Zahlen vorlegen können. Man könne sich zumindest bei der Stadt Ludwigsfelde erkundigen, welche Kosten für die externe Erarbeitung dieser Pläne anfallen werden, damit die Beschlussvorlage für die überplanmäßige Ausgabe in der nächsten Sitzung durch die Verwaltung vorgelegt werden kann. Der Beschlussvorschlag wird dementsprechend angepasst.

Ein fraktionsloses Mitglied der Partei AfD fragt nach, ob sich die Gemeinde überhaupt auf die Ausschreibung für die weiterführende Schule beworben habe und ob man diese Schule nicht auf dem alten Sportplatz in Rehagen errichten könnte. Angeblich seien Schreiben vom Kämmerer des Landkreises an die umliegenden Kommunen verschickt worden.

Laut Kenntnisstand der allgemeinen Vertretung des Bürgermeisters liege der Gemeinde dieses Schreiben nicht vor. Ihr sei solch ein Schreiben nicht bekannt. Möglicherweise habe nur der Bürgermeister davon Kenntnis.

Ein fraktionsloses Mitglied der Partei AfD bittet die allgemeine Vertretung des Bürgermeisters darum, sich diesbezüglich nochmal kurzfristig beim Landkreis zu erkundigen, da die Möglichkeit immer noch bestehe.

Die Teamleiterin des Haupt- und Schulamtes befürwortet einen eigenen Kitabedarfs- sowie Schulentwicklungsplan, jedoch müsse dies aufgrund der zur Verfügung stehenden personellen Ressourcen extern vergeben werden. Sie weist in diesem Zusammenhang daraufhin, dass keine Rücklagen mehr für eine überplanmäßige Ausgabe zur Verfügung stehen.

Ein Mitglied der Fraktion CDU erkundigt sich nach der Leistung, welche die externe Firma erbringen soll, da die Daten für die Erstellung der Pläne sowieso von der Verwaltung zur Verfügung gestellt werden müssen. Die Verwaltung habe dadurch sowieso viel Arbeit und man könne sich auch viel Geld für die externe Firma sparen.

Die Teamleiterin des Haupt- und Schulamtes erklärt, dass die Erstellung dieser Pläne von Statistikern durchgeführt wird, welche neben den aktuellen Kinder- und Schülerzahlen auch alle weiteren Gegebenheiten, wie z.B. den voraussichtlichen Zuzug in die Gemeinde berücksichtigen. Aus diesem Grund wäre die Erstellung dieser Pläne durch die Verwaltung zu umfangreich. Auf Nachfrage des Vorsitzenden, ob sie sich denn schon mal bei der Stadt Ludwigsfelde nach der Kosten- note für die externe Erstellung erkundigt habe, erklärt sie, dass die Anfrage bereits gestellt wurde, eine Antwort der Stadt Ludwigsfelde jedoch noch ausstehe.

Beschluss-Nr.: 490/44/2023

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Der Bürgermeister bzw. dessen Vertreter wird damit beauftragt, den aktuellen Schulentwicklungsplan sowie den Kitabedarfsplan für die Gemeinde Am Mellensee bis zur Juli Sitzung der GV evaluiert und belastbar für die kommenden 5+5 Jahre vorzulegen. Sollten Kosten für eine externe Ermittlung dazu notwendig und diese nicht über den aktuellen Haushalt gedeckt sein, sind diese mit einer BSV in der Juli-Sitzung der GV als außerplanmäßige Ausgabe einzubringen.

Abstimmungsverhältnis:

14 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Da der Beschluss einstimmig beschlossen wurde, kann auf eine namentliche Abstimmung, welche im vorliegenden Antrag gefordert wurde, verzichtet werden.

Zu 24. Antrag auf BSV - Anpassung des Steuerhebesatzes (SPD)

Der Antrag stammt aus der Fraktion SPD, welche zu der Sitzung nicht vertreten ist. Zu diesem Antrag liegt eine Stellungnahme der Verwaltung vor. Damit die Fraktion die Möglichkeit erhält, sich zu dem eingereichten Antrag zu äußern, soll dieser TOP im Zusammenhang mit dem Antrag auf die kommende Sitzung der GV im Juli vertagt werden.

Beschluss-Nr.: 491/44/2023

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die Vertagung des TOPs 24 „Antrag auf BSV - Anpassung des Steuerhebesatzes“ auf die folgende Sitzung der Gemeindevertretung im Juli 2023.

Abstimmungsverhältnis:

14 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Zu 25. Antrag auf BSV - Vorstellung der Gefahren- und Risikoanalyse in der GV

Ein Mitglied der Fraktion 3Punkt0 - gemeinsam für Am Mellensee erklärt, dass sich der Antrag auf einen bereits gefassten Beschluss aus dem Jahr 2019 bezieht, worauf der Gefahrenabwehrbedarfsplan erstellt wurde und in die Beschlussfassung kam. Da die Risiko- und Gefahrenanalyse dem Gefahrenabwehrbedarfsplan vorgegliedert ist, sollte diese auch einmal vorgestellt bzw. erklärt werden, auch wenn sie den Mitgliedern der GV schon schriftlich zur Verfügung gestellt wurde. Auf die Nachfrage beim Bürgermeister, ob es denn im Nachhinein Differenzen zum vorab erstellen Gefahrenabwehrbedarfsplan gebe, gab es keine Rückmeldung.

Da der im Beschlussvorschlag festgelegte Termin im Juni nicht mehr umsetzbar ist, soll der Termin zur Vorstellung auf die Sitzung im Juli bzw. September geändert werden.

Die Teamleiterin des Ordnungsamtes schlägt vor, dass die Gefahren- und Risikoanalyse erst im September vorgestellt wird, da man sich bzgl. der Bestandteile aktuell noch in der Abstimmung mit dem Landkreis befinde, um sich diesbezüglich nochmal rechtlich abzusichern. Evtl. müsse noch etwas geändert bzw. ergänzt werden. Der zuständige Sachbearbeiter sei aktuell jedoch nicht im Dienst. Für die Gefahren- und Risikoanalyse sei im Gegensatz zum Gefahrenabwehrbedarfsplan kein Beschluss der GV notwendig.

Beschluss-Nr.: 492/44/2023

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt:

Der Bürgermeister bzw. dessen Vertreter wird damit beauftragt, die Gefahren- und Risikoanalyse vom 29.07.2022 in der Gemeindevertretung im September 2023 vorzustellen und wenn rechtlich notwendig als Beschlussvorlage vorzulegen.

Abstimmungsverhältnis:

12 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen

angenommen

Ja-Stimmen: M. Hänsel, D. Elsner, A. Schuster, D. Pehnert, U. Keiler, W. Borkowski,
C. Glienick, M. Tscherwinka, D. Porath, J. Kruppa, T. Janke, D. Schulze
Nein-Stimmen: -
Enthaltungen: A. Thiele, T. Rarrasch

Zu 26. Aktueller Sachstand zum Kita-Neubau in der Gemeinde Am Mellensee gemäß Beschluss 415/39/2023 vom 17. 01.2023

Der zukünftige Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass es nicht möglich war, sich innerhalb von fünf Tagen, die er in der Verwaltung tätig ist, in alle Sachbereiche des Bauamtes vollständig einzuarbeiten.

Die Kita in Rehagen wird aus bautechnischer Sicht pünktlich fertiggestellt. Bzgl. der Ausstattung der Kita wird die Teamleiterin des Haupt- und Schulamtes Auskunft geben können.

Laut derzeitigen Sachstand wird die geplante Kita in Klausdorf nicht durch den Investor gebaut. Dieser befindet sich jedoch aktuell in Verhandlungen, um eine Möglichkeit zu schaffen, doch die Kita mittelfristig in Angriff zu nehmen.

Die Kita-Hort-Kombi an der Schule in Mellensee liegt momentan im Zeitplan. Es wurden jedoch einige unnötige Genehmigungsanträge bei der Unteren Wasserbehörde des Landkreises eingereicht, zu denen es aktuell keine Rückmeldung gibt, da der zuständige Sachbearbeiter nicht im Dienst ist. Demzufolge komme es zu leichten Verzögerungen.

Zu 27. Aktueller Sachstand zur Versetzung der Sirenenanlage in Klausdorf

Im vergangenen Hauptausschuss wurde dieser Sachverhalt auch schon aufgegriffen. Der Vorsitzende der GV empfiehlt in diesem Zusammenhang die Thematik zunächst zur weiteren Beratung in den Bau- sowie Finanz- und Wirtschaftsausschuss zu verweisen, um sich z.B. über den Standort, die Variante bzw. die Finanzierung im Haushalt nochmal Gedanken machen zu können. Es stand schon mehrfach der Vorschlag im Raum, die Sirene auf das Dach der zentral gelegenen Gemeindeverwaltung zu bauen. Die Bauverwaltung hat diesbezüglich jedoch Ihre Bedenken geäußert, da durch die nicht unerhebliche zusätzliche Last der Sirenenanlage die Statik von Gebäuden wie z.B. dem Verwaltungsgebäude beeinträchtigt wird. Die Bauverwaltung schlägt alternativ vor, die Sirenenanlage im Zuge der Verlegung auf einen separaten Mast zu installieren. Diese Variante habe der Hauptausschuss bereits für sinnvoll und möglich erachtet. Unabhängig davon sind mit dieser Maßnahme auch Kosten in Höhe von ca. 25 Tsd. Euro verbunden. Aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel im Haushalt gilt es zu klären, ob man die Maßnahme erst im kommenden Haushalt aufnimmt bzw. woher die finanziellen Mittel im Falle einer vorzeitigen Umsetzung der Maßnahme genommen werden können. Dafür müssten dann möglicherweise andere Maßnahmen zurückgestellt werden.

Beschluss-Nr.: 493/44/2023

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt, die Thematik „Versetzung der Sirenen-Anlage in Klausdorf“ zunächst zur weiteren Beratung bzw. Prüfung der damit verbundenen Maßnahme in den FW-Ausschuss sowie Bauausschuss zu verweisen.

Abstimmungsverhältnis:

14 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen

angenommen

Ein fraktionsloses Mitglied der Partei Freie Wähler verweist in diesem Zusammenhang auf das Förderprogramm „Ausbau des Sirennennetzwerkes in Deutschland“. Vielleicht könne man dies hierfür nutzen. Die Verwaltung solle diesen Hinweis mitnehmen und prüfen.
Ein Mitglied der Fraktion CDU und zugleich stellvertretender Gemeindebrandmeister ergänzt, dass dieses Förderprogramm nicht mehr existiere.

Zu 28. Diskussion einer möglichen zukünftigen Besetzung der Trägervertreter in den Kita-Ausschüssen durch die Gemeindevertretung und Aufhebung des Beschlusses der Übergabe dieser Funktion an die Verwaltung

Herr Stenzel als Kinder- und Jugendbeauftragter hatte sich bereits in der letzten Sitzung am 20.06.2023 kurz geäußert und seinen Standpunkt dazu vertreten. Weiterhin sollten sich die Fraktionen dazu vorab Gedanken machen.

Ein Mitglied der Fraktion 3Punkt0 - gemeinsam für Am Mellensee erklärt, dass dies im vorletzten BSK-Ausschuss bereits umfangreich thematisiert wurde. Leider liege das Protokoll dieser Sitzung noch nicht vor. Man habe sich darauf verständigt, dass alles so bleiben solle wie bisher. Es solle jedoch nochmal darauf hingewiesen werden, dass jederzeit die Möglichkeit bestehe, einzelne Gemeindevertreter zusätzlich zu den Ausschüssen einzuladen, sofern dies gewünscht wird oder es um wichtige Belange geht.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE ergänzt, dass jeder Elternbeirat seinen favorisierten Gemeindevertreter persönlich einladen könne.

Die fraktionslosen Mitglieder der Parteien Freie Wähler sowie AfD sprechen sich für die zukünftige Besetzung der Trägervertreter in den Kita-Ausschüssen durch die GV aus.

Ein Mitglied der Fraktion UWG erklärt, dass man sich innerhalb der Beratung zu dieser Thematik relativ uneinig war. Aus Erfahrung der Vergangenheit gibt er in diesem Zusammenhang zu bedenken, dass sich dann auch genug Gemeindevertreter finden müssen, die bereit bzw. kompetent genug sind, dort als Trägervertreter mitzuwirken. Das Interesse der Mitglieder der GV sollte vorab abgefragt werden.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass man während der Beratung innerhalb der Fraktion zu ähnlichen Fragen gekommen sei. Welcher Gemeindevertreter würde sich überhaupt dazu bereit erklären bzw. wie würde die Kommunikation mit der Verwaltung ablaufen. Schlussendlich habe man sich der Meinung des BSK-Ausschusses angeschlossen, dass keine Änderung erfolgen solle. Eine freiwillige Teilnahme der Gemeindevertreter bestehe immer und verweist in diesem Zusammenhang nochmal auf den § 97 BbgKVerf.

Die Fraktion CDU schließt sich den Meinungen der Fraktionen UWG sowie 3Punkt0 - gemeinsam für Am Mellensee an.

Der Vorsitzende kommt aufgrund der Meinungen zu dem Entschluss, dass der Beschluss bzgl. der Trägervertreter, der seiner Zeit gefasst wurde, nicht geändert wird. Die Verwaltung wird gebeten, in den Kita-Ausschüssen zu kommunizieren, dass im Bedarfsfall Gemeindevertreter hinzugezogen werden können.

Die Teamleiterin des Haupt- und Schulamtes merkt an, dass man dies bereits im Rahmen der Versammlung mit allen Elternvertretern am kommenden Donnerstag mitteilen kann.

Beschluss-Nr.: 494/44/2023

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee beschließt die Fortführung der ursprünglich beschlossenen Regelung bzgl. der Besetzung der Trägervertreter in den Kita-Ausschüssen durch Mitarbeiter der Verwaltung.

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Kita-Ausschüsse darüber zu informieren, dass im Bedarfsfall Mitglieder der Gemeindevertretung hinzugezogen werden können.

Abstimmungsverhältnis:

14 Ja-Stimmen

0 Nein-Stimmen

0 Enthaltungen

angenommen

Zu 29. Anfragen der Mitglieder der Gemeindevertretung

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE bezieht sich auf die nachträglich bei der Verwaltung eingereichte Anfrage und kritisiert in diesem Zusammenhang die schriftliche Belehrung durch die Teamleiterin des Haupt- und Schulamtes, da es sich lediglich um eine Nachfrage bzgl. einer im Vorfeld fristgemäß eingereichten Anfrage handelte. Als anmaßend empfand Sie den Verweis, dass man sich mit der entsprechenden Gesetzesgrundlage auseinandersetzen sollte. Sie sei zu keinem Zeitpunkt davon ausgegangen, dass die Gemeinde, die sie in Kitas und Horten einsetzt, um Schließzeiten zu verhindern, rechtswidrig gehandelt habe. Aus diesem Grund stelle sie sich nun die Frage, ob sie den Ehrenamtsvertrag auflösen müsse.

Der Vorsitzende der GV ergänzt, dass es hierbei um die Anrechnung von Honorarkräften auf das Kitapersonal gehe.

Ein Mitglied der Fraktion 3Punkt0 - gemeinsam für Am Mellensee erklärt, dass in der 10. Sitzung der GV am 17.02.2020 unter Beschluss 104/10/2020 ein städtebaulicher Vertrag zu einem B-Plan-Gebiet mit 5 Gegenstimmen beschlossen wurde, was dann zur Folge hatte, dass die Kita leider nicht entstehen konnte. Diese fehlt jetzt dringend. Der Vertrag soll laut Aussage in der Sitzung von einem Rechtsanwalt geprüft worden sein. Da der aktuelle Bauamtsleiter nicht mehr lange im Dienst der Gemeinde und die Rückkehr des Bürgermeisters noch ungewiss ist, müssen die nachfolgenden Fragen noch kurzfristig geklärt werden.

1. Warum sind die Bedenken und die unbedingten Änderungen des Anwaltes nach dem 6-Augen-Gespräch zwischen Investor, Bürgermeister sowie dem Teamleiter Bauverwaltung nicht in den Städtebaulichen Vertrag eingeflossen.
2. Warum wurde die GV nicht über die Bedenken des Anwaltes zur Beschlussfassung informiert.

Der Vorsitzende der GV bittet die stellvertretende Bürgermeisterin darum, die Fragen an den nicht anwesenden Teamleiter der Bauverwaltung weiterzuleiten. Um eine schriftliche Antwort an die GV wird gebeten.

Ein fraktionsloses Mitglied der Partei AfD bezieht sich auf die Brücke in der Bahnhofstraße in Mellensee (am Nottekanal) und möchte wissen, ob es dafür ein Belastungsgutachten bzw. einen aktuellen Zustandsbericht gibt.

Der Vorsitzende der GV äußert, dass diese mal erneuert wurde.

Der zukünftige Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass es sich dabei um eine Landesstraße handle und die Brücke deshalb nicht den Wartungspflichten der Gemeinde unterliege.

In diesem Zusammenhang solle man sich mal beim Kreis erkundigen, da möglicherweise Gefahr bestehe, dass die Brücke in mehreren Jahren aufgrund der Nutzung durch Schwerlasttransporte gesperrt wird. Die Verwaltung möge diese Thematik mal mitnehmen und prüfen.

Ein fraktionsloses Mitglied der Partei AfD bezieht sich weiterhin auf die nichtöffentliche Slip-Stelle in Klausdorf und fragt nach, warum diese nicht öffentlich zugänglich ist. Die Slip-Stelle ist mit einer verschlossenen Schranke abgesperrt, zu der nur die Feuerwehr Zugriff habe. Er schlägt vor, dass die Slip-Stelle durch einen Anwohner betreut werden könnte. Dadurch könnten die Boote nach vorheriger Anmeldung gegen eine Gebühr ins Wasser gelassen werden.

Der zukünftige Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass die Gemeinde einen Wasserwanderastplatz auf der gegenüberliegenden Seite von der Festwiese in Klausdorf plane, wofür seines Wissens auch schon Fördermittel bewilligt wurden. In diesem Zusammenhang soll dort eine Steganlage, Sanitäranlagen sowie eine öffentlich-zugängliche Slip-Anlage für Boote entstehen. Die Maßnahme müsse bis Ende 2024 abgeschlossen sein.

Ein Mitglied der Fraktion CDU weist in diesem Zusammenhang auf die Möglichkeit hin, dass die Slip-Stelle in Klausdorf auf Anfrage auch durch das Ordnungsamt geöffnet werden könne, um Boote ins Wasser zu lassen. Die Slip-Stelle sei damals aufgrund von Anwohnerbeschwerden geschlossen worden.

Da die Verwaltung nicht jeden Tag bzw. ganztägig erreichbar ist, sollte die Verwaltung bis zur Fertigstellung des geplanten Wasserwanderrastplatzes alternative Lösungsvorschläge prüfen.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erkundigt sich, ob es einen neuen Sachstand bzgl. der Fördermittel zur Überarbeitung des Flächennutzungsplanes der Gemeinde gibt, da der erste Fördermittelantrag aufgrund der Fördermittelbedingungen abgelehnt wurde. Weiterhin müsse aufgrund der aktuellen gesetzlichen Änderung im Bereich Windenergie der Teilflächennutzungsplan „Wind“ auf evtl. enthaltene Höhenbegrenzungen überprüft werden, da diese nicht zulässig sind. Die Verwaltung wird gebeten, dies zu prüfen.

Ein Mitglied der Fraktion CDU habe festgestellt, dass das neue Gebäude am Strandbad Mellensee noch nicht durch den Pächter genutzt werden könne, da die Baumaßnahmen noch nicht abgeschlossen wurden und viele Bereiche abgesperrt sind. Aktuell werde nur das Nebengebäude genutzt. Es wird außerdem empfohlen, den Strand nur mit Badelatschen zu betreten. Es stellt sich nun die Frage, wie es zukünftig dort weitergeht.

Der zukünftige Teamleiter der Bauverwaltung erklärt, dass man in der vergangenen Woche die letzten Maßnahmen bzgl. der Außenanlagen, z.B. die Errichtung der Zaunanlage vor Ort besprochen habe. Die Baumaßnahmen im bzw. am Gebäude befinden sich in den letzten Zügen, so dass dieses bald vollständig genutzt werden könne.

Ein Mitglied der Fraktion CDU richtet eine Bitte an das Ordnungsamt bzgl. der markierten Bäume im Gipsweg, welche schon seit Jahren entfernt werden sollten, da sie wohl eine Gefahr darstellen. Nachdem festgestellt wurde, dass die Gemeinde Eigentümer des Grundstückes ist, ist mit den Bäumen nichts weiter passiert. Da die Feuerwehr nicht dafür zuständig sei, dort den Baumschnitt regelmäßig durchzuführen und dies auch eine zusätzliche Belastung der ehrenamtlich tätigen Kameraden darstelle, werde die Verwaltung nun aufgefordert, entsprechende Maßnahmen zu treffen, um die Feuerwehr zu entlasten. Man sei für die Gefahrenabwehr da und nicht um Bäume zu bescheiden. Die Teamleiterin des Ordnungsamtes möge dies mit in die Verwaltung nehmen. Die Verwaltung wird in diesem Zusammenhang gebeten, die ganzen gestellten Anfragen zusammenzufassen und auch gesammelt zu beantworten, damit nicht zu viele Mails hin und her geschickt werden.

Weiterhin sei dem Mitglied der Fraktion CDU das Gerücht zugegangen, dass drei Bürgermeisterkandidaten aus der Verwaltung falsche Bewerbungsdokumente für Ihre Kandidatur erhalten haben. Er möchte wissen, wer dafür zuständig war und ob dies Auswirkungen auf die Kandidatur gehabt hätte.

Der Vorsitzende der GV erklärt, dass es zu jedem Kandidaten eine Vertrauensperson gebe, die sich um diese Angelegenheiten kümmert. Der Wahlleiter prüft die eingereichten Unterlagen und weist auf etwaige Fehler hin, um diese noch zu korrigieren. Dafür sei noch bis zum 29.06.2023 Zeit.

Die allgemeine Vertretung des Bürgermeisters klärt den Sachverhalt auf. Grundsätzlich handelte es nicht um falsche Wahlunterlagen, sondern um versehentlich verwendete Mustervordrucke, die so nicht zulässig sind. Dies wurde bereits nachträglich korrigiert, so dass nun die korrekten Unterlagen für alle Kandidaten vorliegen. Dieser Sachverhalt hätte jedoch keine rechtliche Auswirkung auf die Kandidatur gehabt, da man diesen Formfehler im Rahmen der Sitzung des Wahlausschusses hätte heilen können.

Ein Mitglied der Fraktion UWG fragt nach, ob es seit dem Beschluss bzgl. der Vergabe der Verpflegungsleistungen für Kitas und Schulen unter TOP 17 der vergangenen Sitzung irgendwelche Änderungen gebe, die dem Beschluss entgegenstehen.

Die Teamleiterin des Haupt- und Schulamtes erklärt, dass dem nichts entgegenstehe. Man habe nur festgestellt, dass die Gemeinde keinen Zugang zu dem Wettbewerbsregister besitze, womit man jedoch nicht rechnen konnte. Die entsprechende Information, die dafür notwendig war, habe man über eigene Kontakte erhalten. Die offizielle Anfrage konnte demnach nicht durchgeführt werden und kann auch nachträglich nicht durchgeführt werden, da die Registrierung in dem Wettbewerbsregister ca. drei Wochen dauert. Auf Nachfrage bestätigt sie, dass der Bieter die Essensversorgung dennoch rechtzeitig zum 01.08.2023 aufnehmen könne.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE erklärt, dass die Abfrage aus dem Wettbewerbsregister Bedingung für die Vergabe sei.

Die Teamleiterin des Haupt- und Schulamtes bestätigt, dass es sich dabei um eine Vergabevorschrift handle. Man habe diesen Verfahrensweg jedoch zuvor mit dem Anwalt abgesprochen, da

es sonst zu einer enormen Verzögerung der Vergabe geführt hätte, wenn man bis zum Abschluss der eigenen Registrierung warten würde. Die Gemeinde selbst habe noch keinen eigenen Zugang zum Wettbewerbsregister, jedoch die erforderliche Information über ein vorhandenes Netzwerk bezogen. Die Fördermittelstelle sei Zurzeit dabei, den Zugang zum Wettbewerbsregister für zukünftige Verfahren zu beantragen. Bzgl. der Essensversorgung für die Schulen und Horte gehe man bereits in der kommenden Woche in das Gespräch mit dem neuen Anbieter, damit die Eltern noch möglichst vor den Ferien die notwendigen Informationen bzgl. der Anmeldung erhalten. Bei den Kitas müsse man aktuell noch die Wartefrist abwarten, da ein Bieter angekündigt habe zu klagen.

Ein Mitglied der Fraktion DIE LINKE spricht nochmal eine vertagte Beschlussvorlage bzgl. des Rederechtes für Beauftragte und Beiräte an, welche vor zwei Sitzungen von der Tagesordnung genommen wurde. Der Vorsitzende der GV habe damals in diesem Zusammenhang darum gebeten, dass sich die Mitglieder der GV bzw. die Fraktion dazu äußern. Sie möchte nun wissen, ob diesbezüglich Meinungen eingegangen sind und ob der Antrag erneut auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung genommen wird, um für die Beauftragten und Beiräte eine Klärung bzgl. des Beteiligungsrechtes herbeizuführen.

Der Vorsitzende der GV erklärt, dass dieser Antrag nicht vergessen wurde, aber die aktuelle Tagesordnung schon wieder so lang war. Bisher seien bei ihm nur wenig Rückläufe eingegangen. Die Teamleiterin des Haupt- und Schulamtes habe die Thematik nochmal für die GV rechtlich aufbereitet. Man werde den Antrag als Diskussionspunkt erneut auf die Tagesordnung der Sitzung im Juli nehmen.

Zu 30. Sonstiges

Ein Mitglied der Fraktion 3Punkt0 - gemeinsam für Am Mellensee appelliert an die Verwaltung, dass der Begriff „Schließzeiten“ in den Informationen an die Eltern bzw. Meldungen auf der Homepage nicht mehr verwendet wird, da die Schließzeiten vor ca. 3 Jahren in der Gemeinde Am Mellensee abgeschafft wurden. Dieser Begriff verunsichere einige Eltern. Besser wäre der Begriff Sommer-Kita.

Weiterhin spricht er den TOP 19 „Pflege vor Ort - Umsetzung Förderprogramm 2023 + 2024“ der 42. Sitzung der Gemeindevertretung an, wo es um den Pakt für Pflege geht. Darin wurde festgelegt, dass dieser TOP zur weiteren Beratung bzgl. der Standortwahl für die Sitzbänke in die jeweiligen Ortbeiräte vertagt wird. Dies sei leider nicht überall passiert und solle nochmal durch die Verwaltung geprüft werden.

Bzgl. der Schließzeiten erklärt die Teamleiterin des Haupt- und Schulamtes, dass diese weiterhin existieren. In diesem Jahr betreffe es die zweite und dritte Ferienwoche in den Sommerferien. Die Gemeinde bietet für die Eltern, die es benötigen, als Alternative eine Sommer-Kita an. Dennoch seien die anderen Kita-Einrichtungen in dieser Zeit geschlossen. Es führe zu Verwirrungen der Eltern, wenn in den Informationen nur Sommer-Kita stehen würde. Die entsprechenden Hinweise seien jedoch in den Informationsschreiben an die Eltern enthalten.

Ein fraktionsloses Mitglied der Partei AfD merkt nochmal bzgl. der 6-zügigen Oberschule an, dass man sich darum unbedingt bemühen sollte, da die Kosten vom Landkreis TF getragen werden und man den alten Sportplatz in Rehagen als Fläche dafür nutzen könnte. Man sollte diesbezüglich zeitnah Kontakt mit dem Kämmerer des Landkreises aufnehmen.

Der Vorsitzende der GV beendet damit den öffentlichen Teil der Sitzung um 19:56 Uhr und bedankt sich bei den anwesenden Gästen sowie den Mitarbeitern der Verwaltung.

Am Mellensee, den 17.07.2023

M. Tscherwinka
Vors. der Gemeindevertretung